

ZDF-„Schlagabtausch“: „Es war so gesehen nicht wirklich repräsentativ“

Dass es einen Berufszweig Crowd-Management gibt, habe ich erst irgendwann im Jahr 2005 erfahren. Da war ganz Deutschland im Jagdfieber, als RTL „Deutschland sucht den Superstar“ ausstrahlte. Und als guter Vater bin ich dann mal zu einer Live-Sendung in Köln mit einem unserer Kinder gegangen. Nicht Presseplätze mit Catering, sondern mittendrin im Publikum, frei nach Mao Tse-Tung: Der Reporter muss im Volke schwimmen, wie ein Fisch im Wasser.

20 Minuten vor Beginn der Livesendung kamen mehrere sympathische junge Leute mit T-Shirts „Crowd Management“ und einem Agenturnamen aufgedruckt heraus und rockten das Auditorium, sprachen mit Besuchern, herzten aufgeregte Kinder, rissen Witze. Kurzum: Bevor die Sendung begann, war das Publikum in allerbesten Laune, klatschbereit und erwartungsvoll. Mit sowas kann man heute Geld verdienen.

Denn bei Fernsehsendungen kommt es auch natürlich auch ganz stark aufs Publikum und seine Reaktionen an. Nicht ein paar Dutzend oder auch 3000 Menschen in der Halle können Wahlen oder Verkaufserlöse beeinflussen, das große Spiel findet bei den Millionen „da draußen an den Geräten“ statt.

Und so ist das, was sich jetzt im sogenannten ZDF-„Schlagabtausch“ abspielte, überhaupt kein singuläres Ereignis. Der Skandal, das Vortäuschen von Pluralismus im öffentlich-rechtlichen System – nennen wir es Staatsfunk – ist latenter Dauerzustand.

Als 25-Jähriger war ich zwei Jahre Pressesprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen. Und Radio Bremen ist Rotfunk in Reinkultur. Irgendwann, es muss 1986 oder 1987 gewesen sein, gab es eine der berüchtigten Talksendungen „3 nach 9“ mit zwei bekannten Politikern, einer war der junge Edmund Stoiber von der CSU aus Bayern. Eine Diskussion, bei der auch das Studiopublikum einbezogen wurde. Mein Job war dabei, mit dem Sender zu verhandeln, dass möglichst viele Unionsfreunde live im Publikum dabei sein konnten. Dann trommelte ich im Landesverband 50 gute Leute dafür zusammen. Vorher treffen in einem Parteibüro, kurzes Briefing und für jeden hatte ich einen kleinen Zettel mit einer Anregung für eine möglichst fachkundige Frage dabei.

So läuft das, ich hoffe, nicht in allen Polittalk-Formaten, aber in vielen

Seit Jahrzehnten.

Gerade fällt mir auch eine Diskussion vor Jahren bei ARD-Maischberger über Feminismus ein, zu der auch Alice Schwarzer eingeladen war. Maischberger eröffnete ihre Sendung mit einer Umfrage. Jeder im Publikum hatte einen Schalter mit einem Ja- und einem Nein-Knopf in der Hand. Und die Moderatorin wollte vom unvoreingenommenen Publikum wissen, ob die Gleichberechtigung in Deutschland schon erreicht sei. Erwartungsgemäß war das Ergebnis zu über 80 Prozent (in meiner Erinnerung) NEIN.

Eine andere Teilnehmerin aus der Gesprächsrunde erzählte mir am Tag danach, dass sie nach der

Sendung beim gemeinsamen Häppchen-Essen festgestellt hatte, dass Frau Schwarzer Mitglieder der „Emma“-Redaktion mitgebracht hatte und Frauen aus der Feminismus-Industrie, was Maischberger ganz offensichtlich gewusst habe, da sie diese Leute ja eingeladen hatte. Von wegen, wir befragen mal ganz normale Frauen...

Aber zurück zum ZDF-„Schlagabtausch“

Zur Diskussion versammelt waren beim ZDF der FDP-Vorsitzender Christian Lindner, Sahra Wagenknecht vom BSW, CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt, dann der Grünen-Chef Felix Banaszak und Tino Chrupalla von der AfD, der kurzfristig für Alice Weidel eingesprungen war, und dann noch der Linken-Bundeschef Jan van Aken.

Und wissen Sie was? Schon bei der Vorstellung der Diskutanten gab es nur Beifall für den Grünen Banaszak und den dunkelroten van Aken. Für die anderen rührte sich im Publikum keine Hand.

Und dachte man zu Beginn, dass das vielleicht ein Zufall gewesen ist – mitnichten.

Immer wenn zum Beispiel der Linke kräftig gegen Chrupalla austeilte, jubelte das Publikum stürmisch. Die ganze Sendung war das übliche in Deutschland beliebte Talkshow-Format: „Alle gegen den von der AfD!“ Hier wurde ganz offensichtlich nicht im geringsten Wert darauf gelegt, auch nur einen Hauch von Fairness zu dokumentieren. Da war ein Auditorium zusammengepuzzelt worden, das an den richtigen Stellen brav den Jubelperser gab. Als etwa der Linke van Aken Chrupalla über den Mund fuhr: „Jetzt halten sie mal Ihren rechten Rand“, herrschte Volksfeststimmung auf den Rängen. Das linksgrüne Jubel-Prekariat hatte einfach nur Spaß an dem Abend. Auffällig viel, wie vielen TV-Zuschauern zuhause und auch Politikern auffiel.

So kritisierte Jan-Marco Luczak (CDU) auf X: *„Merkt Ihr noch was? So macht ihr die AfD erst richtig groß.“*

Und FDP-Urgestein Wolfgang Kubicki sagte gegenüber der BILD: *„Ich fordere das ZDF auf, sich zur linken Publikumsauswahl in der Sendung ‚Schlagabtausch‘ zu erklären. Es ist offensichtlich, dass Grüne und Linke ihre Claqueure zielgerichtet in diese Sendung geschleust haben, um das Meinungsbild der Fernsehzuschauer zu beeinflussen.“*

Tatsächlich gab ZDF-Hauptstadtkorrespondent Dominik Rzepka dann offen zu, dass sich das vom Sender generierte Studiopublikum hauptsächlich aus direkt eingeladenen Studenten der notorisch linksgerichteten Freien Universität (FU) und der Humboldt-Uni (HU) zusammensetzte. Sie haben viel von diesen „Bildungsstätten“ gelesen im Zusammenhang mit Palästinenser-Randale und der Unfähigkeit von Berliner Hochschulleitungen, damit umzugehen. Rzepka resümierte: *„Es war so gesehen nicht wirklich repräsentativ.“* In der Tat.

In Treue fest zu Trump: Jetzt wird es teuer für Fox

Der konservative US-Fernsehsender FOX zahlt 787,5 Millionen US-Dollar an die Firma Dominion. Die produziert Wahlmaschinen, also die Geräte, mit denen vermeintlich fortschrittliche Länder ihre Parlaments- und Präsidentenwahlen organisieren. Nun, das ist Geschmackssache.

Ich bin old fashioned, wie Amis sagen würden, ich mache gern meine Kreuze mit Kugelschreiber auf einem Stimmzettel aus Papier. Aber ich sitze auch gern in einem Café und lese eine Zeitung mit bedrucktem Papier. Bei einer Tasse frisch zubereitetem Kaffee.

Machen wir uns nichts vor

Unsereins stirbt aus. Das ist nicht aufzuhalten. Schöne neue Welt und so.

Wir sind uns wahrscheinlich einig, dass Wahlmaschinen dennoch auf jeden Fall funktionieren sollten, wenn man sie einsetzt. Und das hat offenbar 2020 bei der Präsidentschaftswahl in den USA funktioniert. Nur, in Donald's Blase wollte man das nicht wahrhaben.

Sie kennen die Geschichte vom angeblich größten Wahlbetrug aller Zeiten, mit dem Donald Trump um eine zweite Amtszeit gebracht worden sei. Irgendwie. Durch die Wahlmaschinen...

Trump selbst versuchte am Telefon verzweifelt, bei Parteifreunden in einigen Bundesstaaten noch Stimmen finden zu lassen. Und sein Anwälte-Team unter Leitung des einzigartigen Rudy Giuliani zog vor Gerichte. 50 Mal! In unterschiedlichen Bundesstaaten vor unterschiedlichen Richtern. Und 50 Mal wurden die Klagen abgeschmettert. Weil es nichts Substanzielles vorzutragen gab, das Manipulationen belegen könnte. Gar nichts. Außer, dass der unterlegene Kandidat das behauptet.

Trumps Aufstieg und Absturz wurde begleitet von FOX, dem wichtigsten konservativen Fernsehsender überhaupt. Und Moderatoren wie Tucker Carlson schossen nach der verlorenen Wahl des Meisters aus allen Rohren: Manipulation, Wahlfälschung, Deep State, das ganze Programm. Dumm nur, dass nichts dran war. Ja, irgendein Wahlbeobachter durfte nicht in irgendeinem Wahllokal beim Zählen zugucken. Sowas darf nicht sein, aber es entscheidet keine Wahl mit Hunderten Millionen Wahlberechtigten.

Zusammengefasst: Die Wahlautomaten-Firma, die damals heftigst kritisiert wurde, manipuliert zu haben, ist mächtig sauer. Sie zog vor Gericht und gestern sagte Fox außergerichtlich zu, 787,5 Millionen Dollar an Dominion zu überweisen.

Fox-Eigentümer Rupert Murdoch gab in einer Stellungnahme zu, einige seiner Moderatoren hätten „bewusst Lügen in Bezug auf die Präsidentschaftswahl 2020 verbreitet“.

Ich bin sicher, es gibt Menschen, die jetzt überzeugt sind, dass Murdoch vom Deep State zu dieser öffentlichen Erklärung gezwungen wurde....

Die CDU fragt ihre Mitglieder um Rat - das wird lustig

Die CDU Deutschlands hat ihre Mitglieder angeschrieben und dazu aufgerufen, an einer Umfrage teilzunehmen.

Die Fragen dokumentieren das ganze Elend dieser Partei.

Sind Sie für mehr Frieden, für mehr Renten, für mehr Familienförderung, für mehr Pflegekräfte, für mehr Digitalisierung? Oder sind Sie dagegen?

Ich meine, was kann man da ankreuzen?

Am 17. April stellt die Partei in Berlin die „Ergebnisse“ dieser höchst wissenschaftlichen Befragung vor und welche Schlüsse sie daraus ziehen will.

Vielleicht gehe ich da hin, ich liebe Kabarett. Neben meinem Laptop nehme ich dann auf jeden Fall Popcorn mit.

GASTSPIEL MIRIAM THÉRÉSE SOFIN über die große Manipulation unseres Denkens

Seit Jahren ist es für jeden spürbar: Die gesellschaftlichen Gräben werden immer tiefer, die Menschen in Deutschland und anderen Staaten, in denen der Kulturmarxismus auf dem Vormarsch ist - allen voran die

USA - entfernen sich immer mehr voneinander. Es ist, als hätte man endgültig die gemeinsame Basis verloren, auf der man einst hitzige Debatten führte, um sich dann irgendwo in der Mitte zu treffen. Jahrelang funktionierte das in Deutschland hervorragend.

Konservative, Liberale und Sozialdemokraten erschufen damals im gegenseitigen Austausch eine Politik der Mitte, die uns Wohlstand und Zufriedenheit bescherte. Politischer Pluralismus wurde gelebt und belohnt, bis er uns dann irgendwann immer mehr abhanden kam. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet diejenigen, die am lautesten von der "pluralistischen Gesellschaft" schwärmen, nichts mehr verachten als eben jenen Pluralismus, wenn es um politische Debatten geht. Ich weiß nicht, wann der Wendepunkt kam, doch seit geraumer Zeit gibt es in beinahe allen politischen Fragen nur noch eine akzeptierte Meinung. Diese bezeichnet man heute präferiert als "Haltung", während man alle davon abweichenden Standpunkte und ihre Vertreter konsequent dämonisiert und aus dem öffentlichen Diskurs drängt. Die einzige Oppositionspartei in Deutschland - man mag von ihr halten, was man will - wird mittlerweile sogar vom Verfassungsschutz beobachtet. Alleine das spricht Bände.

Ich muss zugeben, auch ich habe mich von unserer Gesellschaft zunehmend entfremdet. Fassungslos schaue ich den sozialen Entwicklungen zu und komme aus dem Kopfschütteln manchmal gar nicht mehr heraus... Doch was genau ist es eigentlich, was uns als Gesellschaft abhanden gekommen ist? Das eine, was uns einst unabhängig von unseren politischen und weltanschaulichen Differenzen immer geeint hatte? Meiner Meinung nach ist es nicht weniger, als die Realität, beziehungsweise die Anerkennung dessen.

War diese einst die Grundlage aller gesellschaftlichen und politischen Debatten, sind an ihre Stelle seit geraumer Zeit "gefühlte Wahrheiten" gerückt. Echte Wahrheiten sind nämlich - anders als "gefühlte Wahrheiten" - manchmal hart, stoßen Menschen vor den Kopf und legen persönliche sowie politische Verfehlungen offen. Das ist nicht angenehm, das will man nicht mehr.

Längst zählt nicht, was wahr ist, sondern was allgemein als "richtig", "tolerant" und "menschlich" gilt. So wurden aus Wirtschaftsmigranten "Flüchtlinge", aus randalierenden jungen Männern aus der islamischen Community die neue "Party- und Eventszene" und aus Muslimen, die ihre Sehnsucht nach einem zweiten Holocaust vor Wochen auf deutsche Straßen trugen, "erlebnisorientierte Jugendliche". Sich einzugestehen, dass es offenbar massive Probleme mit der Integration von Zuwanderern aus dem islamischen Kulturkreis gibt, passt eben nicht ins kulturell relativistische linke Weltbild, nach dem alle Kulturen und Menschen vollkommen gleich sind. So setzt man alles daran, das Problem sprachlich zu verschleiern und warnt stattdessen vor "antimuslimischem Rassismus". Dies alles, während Juden in Deutschland, dem Land der Shoah, zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg wieder öffentlichem Vernichtungsantisemitismus ausgesetzt sind. Als Deutsche kann ich mich dafür nur schämen.

Die allgegenwärtige Realitätsverweigerung beschränkt sich aber nicht nur auf die verfehlte Migrationspolitik der Bundesrepublik, sondern zieht sich quer durch alle Bereiche unseres Lebens. So werden selbst schwerst übergewichtige Damen mittlerweile euphemistisch als "curvy" und Adipositas bei Frauen als gesund bezeichnet. Dicke Männer sind übrigens nicht "curvy", sondern immer noch fett. Diese

geschlechtsabhängige unterschiedliche Bewertung der selben Sache steht beispielhaft für eine neue Form des Sexismus, die sozial voll akzeptiert ist.

Im Mutterleib getötete Kinder – selbst spät abgetriebene – werden zu “Zellklumpen” degradiert, denen man nicht nur Menschenwürde, Geburt und Leben, sondern auch noch eine angemessene Beerdigung verwehrt. Stattdessen landen sie buchstäblich im Sondermüll. Der Islam wird derweil zur “Religion des Friedens” erhoben, obgleich es sich dabei im Kern um eine politische und imperialistische Kriegs- und Märtyreriologie handelt, welche überall dort, wo sie uneingeschränkt herrscht, die schlimmste Barbarei produziert. Doch das auszusprechen, ist heute “islamophob” und natürlich “rassistisch”.

Doch die absolute Spitze der Realitätsverweigerung stellt für mich mit Abstand die Genderideologie dar, die es längst bis in den Mainstream geschafft hat und mit ihrer maßlosen Ignoranz gegenüber naturwissenschaftlichen Erkenntnissen wohl einzigartig in der Menschheitsgeschichte ist.

Erstaunlicherweise sind deren Verfechter zumeist Atheisten und Humanisten, also ausgerechnet jene, welche den Religiösen seit jeher vorwerfen, die Menschheit als “Krönung der Schöpfung” zu bezeichnen. Dies sei nämlich arrogant. Nun kann man von der judeo-christlichen Betrachtung des Menschen als “Krone der Schöpfung” natürlich halten, was man will, doch deren Anhänger begreifen sich immerhin als der Natur (“Gott”) untergeordnet und erkennen an, dass sie sich nicht selbst erschaffen haben.

Zweifelsohne unterliegt weder unsere Geburt, noch unsere ethnische, oder geschlechtliche Zugehörigkeit unserem eigenen Willen. Was natürlich nicht heißt, dass man sich nicht optisch seinen Wünschen entsprechend anpassen darf, nur dass diese Anpassung an den biologischen Tatsachen nichts ändert. Wer jedoch heutzutage nicht bereit ist, Männer in Kleidern als Frauen zu akzeptieren, der wird schneller der Transphobie bezichtigt, als er gucken kann. Zuletzt traf dieses Schicksal den berühmten Evolutionsbiologen und Vorzeige-Atheisten Richard Dawkins. Als wäre von einem Mann der Wissenschaft irgendetwas Anderes zu erwarten gewesen...

Leider erleben wir gerade eine Zeit, in der evidenzbasierte Tatsachen wieder ideologischen Zielen untergeordnet werden. Dass das gefährlich ist, sollte jedem klar denkenden Menschen mit historischem Bewusstsein einleuchten. Und wie man sich mit Personen einigen soll, die den Boden der Realität längst verlassen haben, das steht in den Sternen...

Dieser Beitrag erschien erstmals bei TheGermanZ.

G’schmäckle in Pennsylvania

Es ist irgendwie nur eine Randnotiz, weil sich ja alle freuen müssen, dass Joe Biden neuer US-Präsident wird. Er telefoniert schon mit Deutschlands Überkanzlerin Merkel, kündigt an, dass Abtreibungen künftig leichter ermöglicht werden sollen und freut sich auf seine Vereidigung am 20. Januar.

Derweil haben die Anwälte des amtierenden Präsidenten Donald Trump einen juristischen Sieg errungen – ausgerechnet in Pennsylvania, einem der wichtigen Swing-States. Dort lag Trump nach Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen am Mittwochmorgen 14,4 Prozentpunkte (!) vor seinem Herausforderer, um dann feststellen zu müssen, dass er nach Auszählung der Briefwahlstimmen den Staat doch verloren hatte. Ein Schelm, wer da Böses vermutet.

Ein Richter in Pennsylvania hat heute festgestellt, dass bestimmte Briefwahlstimmen nicht in das Ergebnis eingerechnet werden dürfen. Zwei Tage vor der Wahl (!) hatte nämlich der Staat noch schnell eine Änderung des Wahlrechts beschlossen, nach dem Briefwähler fehlende Identitätsnachweise drei Tage länger als eigentlich vorgesehen nachreichen durften. Das hat ein, sagen wir, G'schmäckle.

Immerhin: Das Ergebnis aus Alaska steht nun fest, zwar nur drei Wahlmännerstimmen – aber gewonnen hat Donald Trump.

Nur mal so...

56 Prozent lehnen Gendersprech ab - Anne Will zieht es durch

52 Prozent der Frauen in Deutschland lehnen die Einführung der sogenannten „gendergerechten Sprache“ ab. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Meinungsumfrage von Infratest-Dimap im Auftrag der „Welt am Sonntag“. In der Gesamtbevölkerung ist die Ablehnung sogar bei 56 Prozent, die weder Binnen-I, noch Gendersternchen oder ähnlichen Schwachsinn haben wollen. Nur etwa ein Drittel der Deutschen befürwortet das, was Gender-Industrie und hochbezahlte Polit-Talker wie Anne Will (ARD) auf unser aller Kosten betreiben. Feminismus-Aktivistinnen können sich eine solche Sprachverhöhnung natürlich wünschen in einem freien Land, aber dass die Fernsehzuschauer (wie viele gucken sich das eigentlich noch an?) sonntagsabends mit Frau Wills Privatansichten belästigt werden, ist schon ärgerlich.

Die Internet-Medien, für die ich redaktionelle Verantwortung trage, haben deshalb begonnen, der Sprachverhöhnung im öffentlichen Raum konsequent entgegenzutreten. Wenn wir den Oberbegriff „Bürger“ verwenden, dann ist klar, dass das alle Frauen und Männer umfasst und Diskriminierungsvorhaltungen absurd sind. Und die Anrede „Liebe Christen“ bei der sonntäglichen Predigt in der Kirche ist auch nicht diskriminierend. Polizeiberichte mit „Polizisten und Polizistinnen im Einsatz“ werden konsequent rückabgewickelt zu „Polizisten“ und die gestrigen Pressemitteilungen der Berliner Polizei, die Demo-Teilnehmer zu „Teilnehmenden“ machen, finden bei uns auch in Zukunft als Teilnehmer statt. Das macht ein bisschen Arbeit, aber das ist es uns wert

Man fragt sich, ob dieses Land nicht andere Sorgen hat als dass sich Politiker und Beamte mit derartigen

Belanglosigkeiten, mit politischem Kasperletheater und Symbolpolitik beschäftigen. Möglicherweise ist es aber auch gewollt und strategisch gedacht, eine linksgrüne Agenda zu realisieren, während der Mehrheit der Bevölkerung andere Sorgen hat.

Erst letztens versuchte die linke Seite des Deutschen Bundestags die Beratungspflicht vor einem Schwangerschaftsabbruch auszuhebeln, weil jetzt Corona-Krise sei. Erfreulicherweise scheiterte der Versuch. Aber all das zeigt, wie brandgefährlich unsere Zeit ist. Wenn diese Leute keine Mehrheiten bekommen, dann machen sie es einfach - flankiert von all den Wills und Maischbergers, die für das verständnisvolle Grundrauschen in der arglosen Bevölkerung sorgen. Und man will ja auch zu den guten Menschen gehören.

Aber irgendwann wachen wir in einer ganz anderen Gesellschaft auf.

Vom (gescheiterten) Versuch, die Uniformität unseres Denkens zu organisieren

Mit nichts kann man Menschen so sehr manipulieren wie mit Meinungsumfragen oder Studien. Das soll kein pauschales Verdammnis sein, denn es gibt seriöse Studien und seriöse Demoskopie in Hülle und Fülle. Aber zur Zeit ist der Versuch des linksgrünen Establishments, eine Uniformität des politischen Denkens in Deutschland zu befeuern so ärgerlich, das man schon wieder lachen möchte über die handwerkliche Ungeschicklichkeit der Strippenzieher.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, wie der Name vermuten lässt, ist der Think Tank, also die Denkfabrik, der traditionsreichen SPD. Und die hat am Donnerstag in Berlin etwas vorgestellt, das man in diesen Kreise „Studie“ oder „Untersuchung“ nennt. Die Ebert-Stiftung alarmiert die Öffentlichkeit, denn - Achtung! - in Deutschland sind „rechtspopulistische Ansichten“ auf dem Vormarsch. Schlimm!

Und natürlich - die Osis wieder - ist es in den jungen Bundesländern viel schlimmer mit den Rechten, behauptet man. Ich habe oft den Eindruck, in Ostdeutschland sind Manche noch klarer im Kopf, aber das ist ein anderes Thema...

Zusammen mit der Universität Bielefeld, die bedeutende Denker unseres Jahrhunderts hervorgebracht hat wie zum Beispiel...mich...hat man herausgefunden, dass „30,3 % der Befragten im Osten, aber nur 19,6 % der im Westen ganz deutlich zum Rechtspopulismus“ neigen. Am Deutlichsten sei das bei Fremdenfeindlichkeit und in der Abwertung von Muslimen festzustellen, behaupten die Autoren.

Die so genannte „Studie“, die ganz offenbar dem Ziel dient, politische Meinungen Andersdenkender zu diskreditieren und ins Abseits des Undiskutierbaren zu verschieben, wurden den ganzen Tag rauf- und runtergenudelt in deutschen Radiostationen und Fernsehsendern. Bunt gemischt mit Greta Thunberg und der Klimakatastrophe. Journalismus war schon mal anders... Die ewige Leier von den bösen Rechten, die etwas gegen all die freundlichen Flüchtlinge haben, die hier pro Jahr - offizielle Statistik des BKA - fast 200.000 Straftaten begehen, darunter schwerste Gewaltdelikte mit dem Messer, 120 Tötungsdelikte allein im vergangenen Jahr und Tausende von sexuellen Übergriffen begehen, war so platt, dass es selbst Klaus Kleber vom ZDF zu viel wurde.

Klaus Kleber kennen Sie? Die Mensch gewordene Politische Korrektheit im deutschen Gebührenfernsehen? Der erinnerte sich während eines Interviews am gleichen Tag im „Heute Journal“ mit der Mitverfasserin der „Studie“, Beate Küppers, daran, wofür er eigentlich bezahlt wird. Er formulierte Nachfragen, die - hätte ein AfD-Politiker sie gestellt - einen Sturm der Empörung des Mainstreams hervorgerufen hätte. Fragen wie „Ist schon Rechtspopulist, wer ‚Recht und Ordnung‘ will?“ Oder: „Mir ist in Ihren Fragebögen eine Frage aufgefallen: ‚Sind Sie der Meinung, dass der Staat großzügig sein sollte bei der Erteilung von Asyl?‘ Wenn ich da der Meinung bin, Nein, sollte er nicht, es sollte konsequent das Gesetz angewendet werden - das reicht mir“, dann wird das von Ihnen als leicht rechts und rechtspopulistisch angehaucht gewertet. Ist das fair?“

Nein, fair ist das nicht, aber Alltag in Deutschland, lieber Herr Kleber. Seit Jahren versuchen die großen etablierten Parteien und ihre Hilfstruppen, andere Meinungen nicht nur kleinzuhalten, sondern als rechtsextrem und damit undiskutierbar ins Abseits zu schieben. Da geht es nicht nur um Migration und Flüchtlinge, sondern die Agenda ist ein groß angelegtes Programm, das Denken großer Teile der Bevölkerung zu diskreditieren. Nochmal zur Erinnerung: Man darf gegen die Massenzuwanderung aus dem islamischen Kulturkreis nach Deutschland sein. Man darf dafür sein, Menschen, die hier Sicherheit und eine neue Lebensperspektive erhalten haben, aber schwerste Straftaten begehen, auszuweisen. Man darf die Ehe als Verbindung von Mann und Frau privilegieren, weil es die einzige Verbindung ist, aus dem Kinder hervordringen können. Man darf sich öffentlich hinter Bundeswehr und Polizei stellen, die unser aller Sicherheit garantieren. Man darf das alles tun, ohne „rechtsextrem“ zu sein, ohne beschimpft und ausgegrenzt zu werden. Ja, ausgegrenzt! Haben Sie letzts die Talkshow mit dem armen Philipp Amthor von der CDU im Gebührenfernsehen geschaut? Nach dem Motto: Alle druff auf einen! Stellen Sie sich mal einen Moment vor, die ARD veranstaltet eine Talkshow zur besten Sendezeit mit drei Pro-Life-Aktivisten, einem katholischen Priester und einer Dame mit Doppelnamen von Pro Familia als Watsch'n-Puppe. Da wäre was los in Deutschland - aber andersherum ist diese Art von Gossenjournalismus unser aller Alltag.

Die „Studie“ der Ebert-Stiftung empfiehlt übrigens, unser Staat solle mehr Mittel gegen rechtspopulistisches Denken aufwenden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Prof. Andreas Zick von der Uni Bielefeld, der an der „Studie“ mitwirkte, ist übrigens nebenbei Vorsitzender des Stiftungsrates der linksextremistischen Amadeo-Stiftung der früheren Stasi-Spitzelin Kahane. Wäre doch schön, wenn die auch mal wieder einen ordentlichen Schluck aus der Pulle staatlicher Alimentierung bekommen. Dann trägt diese Schwachsinnstudie wenigstens zur Arbeitsplatzsicherung für in der Wirtschaft schwer

GASTSPIEL MARTIN D. WIND: Verschweigen und in die Irre führen

Es war geraume Zeit vor der Wahl in Bayern, dass auffällig wurde, wie wenig die Grünen programmatisch überhaupt noch von sich gaben. Nun gut, es kann auch sein, dass manche Medienschaffende eine Art Beschützerinstinkt gegenüber Hofreiter, Roth, oder auch Göring-Eckardt Baerbock sowie Schulze entwickelt haben. Anders kann man das sture Schweigen kaum noch verstehen. Man stelle sich einfach mal vor, einige Sätze dieser Grünen wären aus einem anderen „Lager“ erfolgt. Dieses Beschweigen der jeglicher Vernunft hohnsprechenden Phantastereien der der Ökopaxe seitens der Medien, hat dazu geführt, dass die Grünen vor dem Hintergrund des real existierenden Irrwitzes des „Handelns“ der aktuell machthabenden Bundesregierung, beinahe wie ein Jungbrunnen gesellschaftlicher Erholung und des Neuanfangs wirken. Kein Wunder, dass diese Visionen bei vielen bürgerlichen Untertanen, suizidal wirkenden Zuspruch erfahren.

Wenden wir uns der „Berichterstattung“ der vergangenen Wochen zu. Auffällig ist, dass der überregional unwichtigste Aspekte der Hessenwahl in den Fokus der veröffentlichten Meinung geriet: Die Abschaffung der Todesstrafe durch Volksentscheid. Die stand zwar in der hessischen Landesverfassung, war aber mit Inkrafttreten des Grundgesetzes aufgehoben. Aber darüber abstimmen zu dürfen, schien ungemein wohltuend für die Menschen, die sehr viel Wert darauf legen, beim „Zeichen setzen“ eine „gute Gesinnung“ zu zeigen. Auffällig: Die irrelevante Abstimmung zur Todesstrafe wurde bereits vor dem Wahltermin medial „groß gefahren“. Ein Thema ohne jeglichen Belang, erhielt überdimensionale Beachtung.

Die Abstimmung über die gesellschaftlich massiv wirksam werdende Aufnahme sogenannter „Kinderrechte“ in die Landesverfassung, war hingegen kaum der Rede wert. Dabei können die Folgen für Familien, Eltern und Kinder verheerend werden: Wenn eine Regierung bestimmt, was vorgeblich Kinderrechte seien und wie diese zu leben seien, öffnet sie brachial die Türe zum obrigkeitlichen Übergriff der Behörden in die Erziehungsrechte der Eltern. Betrachtet man solche Gefahren und obrigkeitliche Eingriffsgelüste des linken Milieus, drängt sich ein Verdacht auf: Das Verschweigen des Themas zeigt die Sympathie vieler Redaktionen gegenüber einer staatlichen „Lufthoheit über den

Kinderbetten“, dem Traum aller nationalen und internationalen Sozialisten.

Nicht nur bei diesem Thema war das Schweigen für politisch Interessierte sehr laut und auffällig. Es war auch fast schon unerträglich, wie krampfhaft viele Medien jegliche Berichterstattung zum sogenannten UN-Migrationspakt vermieden. Die mediale Ignoranz, das trotzig wirkende Schweigen der Regierungsparteien, die Kritiklosigkeit der linken Pseudo-Opposition zu diesem Thema, kann dem diskursgewohnten Demokraten die Zornesröte ins Gesicht treiben. Es bedurfte der Aktivität eines parlamentarischen Parias, um wenigstens eine empörte „Berichterstattung“ darüber zu erreichen, dass „die AfD wieder gegen Migranten“ sei. Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Pakt, der angeblich zu nichts verpflichtet: Null. Erst die anschwellende Kritik in sozialen Medien zwang die Bundesregierung und einige Medien wenigstens jetzt zum Reagieren.

Was da gesagt und wie argumentiert wird, soll hier nicht beurteilt werden. Es ist aber erschütternd zu erleben, wie deutsche Medien mit gesellschaftlich relevante Themen umgehen: Vom Verschweigen, über billige Ablenkungsthemen, Tendenzberichterstattung, unvollständige oder irreführende Darstellungen bis hin zum unverhohlenen Gemeinmachen konnte gerade im vergangenen halben Jahr vielerlei Niedertracht beobachtet werden. Mit journalistischem Handwerk hat das nichts mehr zu tun. Beim Betrachten dieses Journalismus bekommt man mehr und mehr das Gefühl, dass da Menschen am Werk sind, die keinerlei Scham und Ehrgefühl mehr haben. Es ist zum Teil hochgradig widerwärtig und evoziert den Eindruck, da seinen Gesinnungstäter am Werk. Der Rheinländer würde angesichts solcher Verlüderung zu Recht sagen: „Da bin ich fies für!“.